Sprockhöveler Zeitung

Haßlinghauser Zeitung * Amtlicher Anzeiger für das Amt Sprockhövel * Blankenstein-Herbeder Zeitung

Erscheint Dienstags, Donnerstags, Freitags und Samstags
Bezugspreis: durch unsere Boten frei ins Haus gebracht 70 Pfg. monatl., am Postschalter abgeholt 2,00 Mk., vom Briefträger gebracht 2,24 Mk. vierteljährlich im voraus

Druck und Verlag von Rudolf Steinbeck in Sprockhövel.
Verantwortlicher Redakteur Rudolf Steinbeck, Sprockhövel.

Einrückungsgebühr:
im Inseratenteil die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg.
Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt

Nr. 162. Postscheckkonto Cöln 28642. **Dienstag, 31. Dezember 1918.** Fernsprecher 478, Amt Hattingen. **21. Jahrg.**

☛ Die nächste Nummer dieser Zeitung erscheint am Freitag, den 3. Januar 1919.

Bekanntmachung

Die sämtlichen Schulen im Amtsbezirk nehmen am **Freitag, den 3. Januar 1919** den Unterricht wieder auf.

Wegen der Wiederaufnahme des Unterrichts der gewerblichen Fortbildungsschule ergeht besondere Bekanntmachung.

Sprockhövel, den 28. Dezember 1918.

Der Amtmann: Theis.

Bekanntmachung

Gemäß § 9 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung und des § 3 der Wahlordnung vom 30. 11. 1918, 19. 12. 1918 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Wählerlisten der Gemeinden Niedersprockhövel, Obersprockhövel und Hiddinghausen 2 in den Wohnungen der unterzeichneten Gemeindevorsteher 8 Tage lang vom 30. Dezember 1918 bis 6. Januar 1919 öffentlich ausliegen. Wer die Wählerlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei dem zuständigen Gemeindevorsteher schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Niedersprockhövel, Obersprockhövel, Hiddinghausen 2, den 27. Dezember 1918.

Der Amtmann: Theis.

Die Gemeindevorsteher: Leveringhaus, Uebelgünn, Stock, stellv. Gemeindevorsteher.

Bekanntmachung.

Die von der Amtsvertretung vorgenommene Wiederwahl des Kaufmanns Rudolf Lüdorff zu Niedersprockhövel zum Mitgliede des Sparkassenvorstandes und des Viehhändlers Otto Hagemann ebenda zum stellvertretenden Mitgliede des Sparkassenvorstandes hat die Bestätigung des Herrn Landrats zu Schwelm gefunden.

Sprockhövel, den 30. Dezember 1918.

Der Amtmann: Theis.

Bekanntmachung

Es liegt Veranlassung vor, die Beteiligten darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht statthaft ist, durch Schulkinder, Konfirmanden usw. Flugblätter irgend welcher Art verteilen zu lassen oder sie sonst in mittelbarer oder unmittelbarer Weise zur Werbearbeit bezw. Mitwirkung in politischem Interesse heranzuziehen.

Sprockhövel, den 28. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung: Theis. Der Arbeiter- und Soldatenrat: Rose.

Zulagen für Kranke.

Kranke, die Anspruch auf Haferpräparate haben, wollen neue ärztliche Zeugnisse bis **Montag, den 6. Januar 1919,** auf dem Amte abgeben.

Anspruchsberechtigt sind solche Kranke, betreffs derer die ärztlichen Zeugnisse eine eingehende, die unbedingte Notwendigkeit der Gewährung von Haferpräparaten nachweisende Begründung enthalten.

Zur Erlangung der Zulagen für Schwangere — drei Monate vor und drei Monate nach der Entbindung — genügt die Bescheinigung einer Hebamme.

Die an Tuberkulose erkrankten Personen brauchen neue ärztliche Zeugnisse nicht beizubringen.

Sprockhövel, den 30. Dezember 1918.

Der Amtmann: Theis.

Bekanntmachung

Die auf Grund ärztlicher Verordnung für Kranke sowie die für hoffende Frauen bestimmten Eier für die Zeit vom 8. 12. bis 21. 12. sind bei dem Händler Heinrich Battefeld zu Niedersprockhövel eingetroffen und gelangen unter Vorlage der am Freitag, den 3. Januar 1919, auf dem Amte — Zimmer 4 — abzuholenden Ausweise zur Ausgabe.

Sprockhövel, den 30. Dezember 1918.

Der Amtmann: Theis.

Bekanntmachung

Die Heberollen über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaftsbeiträge für das Jahr 1918 der Gemeinden des Amtsbezirks Sprockhövel liegen vom 2. Januar 1919 ab 2 Wochen lang zur Einsicht auf dem hiesigen Amtsbüro — Zimmer Nr. 4 — während der Dienststunden offen.

Den Beteiligten steht gegen die Beitragsberechnung, unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung, binnen einer weiteren Frist von 2 Wochen der Einspruch beim Kreisausschuß in Schwelm zu.

Sprockhövel, den 24. Dezember 1918.

Der Amtmann: Theis.

Bekanntmachung

Die Ausgabe der Ausweise zum Bezuge von Leuchtmitteln für den Monat Dezember erfolgt gegen Vorlage der Brotbuchhülle am

Samstag, den 4. Januar 1919, im Amtshause, Zimmer Nr. 4

und zwar für die Gemeinde Niedersprockhövel von 8—9 Uhr, für die Gemeinde Obersprockhövel von 9—10 Uhr vorm. Eine Aenderung in den Petroleum-Verkaufsstellen ist nicht eingetreten.

Die Ausweise für Hiddinghausen 2 sind in dem Geschäft von Stolte daselbst niedergelegt.

Die Ausweiskarten müssen bis zum 7. Januar abgeholt und bis zum 10. Januar 1919 eingelöst sein, andernfalls anderweitig hierüber verfügt wird.

Sprockhövel, den 30. Dezember 1918.

Der Amtmann: Theis.

Bekanntmachung

In den nach § 22 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung zu bildenden Wahlausschuß für den 18. Wahlkreis habe ich nachgenannte Wahlberechtigte berufen:

a) als Beisitzer:
1) Knappschaftsdirektor Karl Meynen aus Bochum,
2) Knappschaftsältesten August Barenberg aus Querenburg, Kreis Bochum,
3) Anstreichermeister Karl Volle in Bochum,
4) Landrichter Dr. Heinrich Bongartz in Bochum.

b) als Stellvertreter:
1) Gutsbesitzer Langmann-Keller in Riemke,
2) Rektor Heenes in Harpen.

Bochum, den 22. Dezember 1918.

Der Wahlkommissar: Gerstein, Polizei-Präsident.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Steuerveranlagung für das Steuerjahr 1919.

Auf Grund des § 25 des Einkommensteuergesetzes wird hiermit jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. veranlagte Steuerpflichtige im Veranlagungsbezirk Hagen-Schwelm aufgefordert, die Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 4. Januar bis einschl. 20. Januar 1919 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittelst Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten in seinem Amtslokal, an den Wochentagen vormittags von 10—12 Uhr, zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, hat gemäß § 31 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes neben der im Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren endgültig festgestellten Steuer einen Zuschlag von 5 Prozent zu derselben zu entrichten.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von Einkommen in der Steuererklärung sind im § 72 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes wird von Mitgliedern einer in Preußen steuerpflichtigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung derjenige Teil der auf sie veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welcher auf Gewinnanteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung entfällt. Diese Vorschrift findet aber nur auf solche Steuerpflichtige Anwendung, welche eine Steuererklärung abgegeben und in dieser den von ihnen empfangenen Geschäftsgewinn besonders bezeichnet haben. Daher müssen alle Steuerpflichtigen, welche eine Berücksichtigung gemäß § 71 a. a. O. erwarten, mögen sie bereits im Vorjahr nach einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. veranlagt gewesen sein oder nicht, binnen der oben bezeichneten Frist eine die nähere Bezeichnung des empfangenen Geschäftsgewinns aus der Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthaltende Steuererklärung einreichen.

Die vorgeschriebenen Formulare zu Steuererklärungen werden von heute ab in meinem Amtslokale und denjenigen der Bürgermeister und Amtmänner des Veranlagungsbezirks auf Verlangen kostenlos verabfolgt.

Hagen, den 15. Dezember 1918.

Der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission: J. V. Prätorius, Regierungsassessor.

Aus der Heimat.

(Nachrichten aus unserem Leserkreise über örtliche Begebenheiten sind uns stets sehr erwünscht. Die Vereinsvorstände werden gebeten, Berichte über ihre Versammlungen und Veranstaltungen unserer Redaktion zukommen zu lassen.)

Sprockhövel, 31. Dezember 1918.

— [Neujahr 1919.] Zum Jahreswechsel 1919 übermitteln wir an dieser Stelle allen unsern Leserinnen und unsern Lesern die herzlichsten Glückwünsche. Möge das neue Jahr recht viele von den Hoffnungen erfüllen, die wir alle, soweit wir Hoffen und Harren noch nicht verlernt haben, auf seine Einkehr setzen, möge es in der Geschichte unseres deutschen Vaterlandes ein Markstein am beginnenden Wege der Wiederaufwärtsentwickelung, eine Eintrittspforte in das Reich einer neuaufblühenden Zukunft sein. Das ist unser aller Wunsch!

Wird er sich erfüllen? Noch vermag es niemand zu sagen; unter unsern Volksgenossen besteht noch ein erheblicher Widerstreit der Meinungen. Theorien von idealer Völkerverbrüderung und Erfahrungen von nüchterner Wirklichkeitsauffassung stehen sich noch recht ungeklärt gegenüber. Eins aber ist sicher: dem Jahre 1919 wird es vorbehalten bleiben, in dieser Hinsicht das wahre Bild der gegenwärtigen Kulturwelt und die wahre Gesinnung unserer bisherigen Feinde restlos klarzustellen. Sollte es dem neuen Jahre beschieden sein, jene neue Zeit wirklich zu eröffnen, in der alle Kulturvölker der Welt unter Ausschaltung nationaler Haß- und Rachegedanken sich künftig dem großen und an sich erhebenden Gedanken einer dauernden Völkerverbrüderung zum Zwecke der Aufwärtsentwickelung der gesamten Menschheit widmen wollen — sollte mit dem Jahre 1919 diese Idee wirklich zu ehrlicher Ausführung gelangen, dann darf das junge heraufziehende Jahr für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, seit Jahrtausenden das größte in der Weltgeschichte zu sein. Sollten aber die Theorien unserer Idealisten am Machthunger und an der Rachsucht unserer Gegner zuschanden werden, sollte bei unseren Gegnern der Wille zur modernen Kulturauffassung nicht vorhanden sein und hinsichtlich der politischen Gegensätze alles beim alten bleiben, dann wird das Jahr 1919 eines der schwersten werden, das je über Deutschlands Gaue zog. Dann wird man uns den Kelch der Demütigungen bis zur Neige leeren lassen, dann werden Not und Entbehrungen tausendfach härter als bisher um unsern Zukunftsweg wuchern und unserm zu Boden getretenen Vaterlande seine Wiederaufrichtung nicht leicht machen. Möge der alte deutsche Gott es verhüten, daß uns das letztere Schicksal beschieden sein sollte. Möge aller Erfahrung und nüchternen Ueberlegung zum Trotze das Jahr 1919 der Anfang einer neuen Aera unter den Völkern sein, wie sie in das 20. Jahrhundert, das Jahrhundert des Fortschritts und der Menschheitsideale hineingehören sollte. In diesem Sinne wollen wir den Eintritt des jungen Jahres mit neuen Hoffnungen begrüßen und von seinem weiteren Verlaufe die Erwartung aussprechen, daß es diese unsere letzten und einzigen Hoffnungen nicht enttäuschen möge.

🚃 [Fahrplanänderung.] Der beschleunigte Personenzug Nr. 298 in der Richtung nach Barmen-Bohwinkel, bisher 8^{42} abends ab Sprockhövel, fährt vom 2. Januar eine Stunde früher. Ab Essen 7 Uhr, Steele 7^{11}, Dahlhausen 7^{19}, Hattingen 7^{28}, Sprockhövel 7^{43}, Schee 7^{55}, Wichlinghausen 8^{06}.

— [Die öffentl. Volksversammlung], welche für den vergangenen Sonntag nach Bosselmann einberufen war, konnte nicht stattfinden, weil der in Aussicht genommene Redner am Erscheinen verhindert war. Die sehr zahlreich erschienenen Besucher waren ob dieser Mitteilung nicht wenig enttäuscht. Die Versammlung soll nunmehr morgen nachmittag stattfinden. Der Referent hat sein Erscheinen zu dieser Versammlung bestimmt zugesagt.

— [Die 25-Pfg-Stücke aus Nickel,] die schon seit dem 1. Oktober ds. Js. nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel gelten, werden vom 1. Januar 1919 auch von den Reichs- und Landeskassen als Zahlungsmittel nicht mehr angenommen. Es sorge also jedermann, der noch im Besitze solcher Stücke ist, für sofortigen Umtausch. Namentlich die aus dem Felde heimkehrenden Soldaten, die von der angeordneten Einziehung vielleicht noch nichts wissen, seien ausdrücklich auf das bevorstehende Wertloswerden der nickelnen 25-Pfg-Stücke aufmerksam gemacht.

♫ [Obersprockhövel.] Die beiden hiesigen Gesangvereine „Westfalia“ und „Freiheit“ sind unter dem Namen „Sängerchor Obersprockhövel“ vereinigt worden, um gemeinsam den Gesang besser pflegen zu können. Die erste Uebungsstunde findet am 1. Januar bei Mönninghoff statt.

⚒ [Gewerkschaft der Zeche Blankenburg.] Der Grubenvorstand teilt in einem Rundschreiben an die Gewerken mit, daß er von der sonst üblichen Weihnachtsausbeute für das vierte Vierteljahr diesmal Abstand nehmen müsse. Während der Oktober trotz Rückganges der Förderung noch mäßige Ueberschüsse gebracht hätte, hätten bei den derzeitigen Verkaufspreisen die Monate November und Dezember mit beträchtlichen Zuschüssen in den Betriebsabrechnungen abgeschlossen.

— [Die neutrale Zone auf Barmen ausgedehnt.] In einer im Rathause zu Elberfeld stattgefundenen Verhandlung zwischen dem deutschen Abschnittskommissar von Poser, Vertreter der Städte Elberfeld und Barmen, sowie den Landräten aus Bohwinkel und dem Landkreise Düsseldorf wurde mitgeteilt, daß nach genauer Feststellung der Grenzen für den Brückenkopf Köln Barmen nun doch als neutrale Zone zu gelten hat. Die Bestimmung trat am Samstag mittag in Kraft. Militärpersonen dürfen sich also in Barmen nicht mehr aufhalten. Das neutrale Gebiet bleibt vom Feinde unbesetzt.

— [Einlösung von 50 Mk.-Scheinen.] Die vom Kreise Hattingen in Gemeinschaft mit den Städten Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim-Ruhr, Oberhausen, Sterkrade, Buer i. W. und den Landkreisen Bochum, Essen, Gelsenkirchen und Recklinghausen herausgegebenen 50 Mk.-Scheinen sollen in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1919 einschl. zur Einlösung gelangen. Die Einlösung geschieht bei sämtlichen Amtskassen im Kreise, der Stadtkasse und Kreiskommunalkasse sowie bei den Banken in Hattingen. Vom 16. Januar 1919 ab haben die 50 Mk.-Scheine keine Gültigkeit mehr. Nicht zur Einlösung vorgezeigte Stücke verfallen zu Lasten des Inhabers.

Eine Regierung der Mehrheitssozialisten.

Die Unabhängigen aus der Regierung ausgeschieden.

WTB. Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Die Krisis in der Reichsregierung hat sich in der Weise gelöst, welche die Allgemeinheit des deutschen Volkes erwartet hat. Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden. Die Regierung liegt nun allein in den Händen der sozialdemokratischen Partei; sie wird zu den drei bisherigen Mitgliedern noch weitere belegieren, wobei auch dem Süden Deutschlands eine Vertretung gesichert werden soll. Berlin ist ruhig. Von dem festen Willen der Arbeiter, Bürger und Soldaten der deutschen Volksrepublik wird erwartet, daß sie sich mit ganzer Entschlossenheit hinter die neue Regierung stellen.

3 neue Volksbeauftragte an Stelle der Unabhängigen.

WTB. Der Zentralrat hat in gemeinsamer Sitzung mit der Regierung die Herren Noske, Löbe (Breslau) und Wissel anstelle der ausgeschiedenen Unabhängigen bestimmt. Noske war seit dem Ausbruch der Revolution Gouverneur von Kiel. Löbe ist Redakteur der Breslauer Volkswacht und genießt in Schlesien allgemeinstes Vertrauen. Wissel ist ein hervorragender Sozialpolitiker, der zuletzt den Wahlkreis Niederbarnim den Unabhängigen mit gewaltiger Mehrheit entriß. — Der Austritt der Unabhängigen vollzog sich am Sonntag morgen 1 Uhr mit der Verlesung ihrer Erklärung durch Dittmann. Nach ihm ergriff Haase nochmals das Wort und führte aus, er möchte dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck geben, daß nach dem Ausscheiden der Unabhängigen die Regierung in der Lage sein werde, die Regierungsgeschäfte wirksam zu führen und eine kraftvolle, nach außen und innen völlig geachtete und gesicherte Regierung darzustellen. Daraufhin verließen die drei Unabhängigen die Nach ihrem Weggange beriet der Zentralrat mit den drei Mehrheitssozialisten über die nächsten Schritte, vor allem, wer neu zur Regierung hineinzuziehen sei. Nach 1 Uhr gingen die Versammelten auseinander in der gemeinsamen Überzeugung, daß die Beendigung der Regierungskrise endlich Handlungsfreiheit und damit die einzige Möglichkeit gebracht habe, um die ungeheure Verantwortung vor dem deutschen Volke und der Partei zu tragen.

WTB. Die dem Zentralrat von den Unabhängigen vorgelegten Fragen lauteten, wie die Freiheit meldet: 1. Billigt der Zentralrat, daß die Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dez. dem Kriegsminister den in keiner Weise begrenzten Auftrag erteilte, mit militärischer Gewalt gegen die Volksmarinedivision in Schloß und Marstall vorzugehen? — 2. Billigt der Zentralrat das am Morgen des 24. Dezember von den Truppen des Generalkommandos Lequis mit nur 10 Minuten befristete Ultimatum, wie die Artillerie-Beschießung von Schloß und Marstall? — 3. Erklärt sich der Zentralrat für sofortige strikte Durchführung der vom Kongreß der A.- und S.-Räte gefaßten Beschlüsse über die Abschaffung der Rangabzeichen und das Untersagen des Waffentragens außerhalb des Dienstes für die Offiziere im Heimatheer? — 4. Billigt es der Zentralrat, daß die Oberste Heeresleitung in einem vertraulichen Telegramme an die Heeresgruppe Ober-Ost erklärt, sie erkenne diese Beschlüsse der A.- und S.-Räte nicht an? — 5. Billigt der Zentralrat die von den Kabinettsmitgliedern Ebert, Scheidemann und Landsberg befürwortete Verlegung der Reichsregierung von Berlin nach Weimar oder einem anderen Orte Mitteldeutschlands? — 6. Billigt der Zentralrat, daß statt der völligen Demobilmachung des stehenden Heeres nur eine Reduzierung desselben auf den Friedensstand unter Zurückhaltung und eventuellen Auffüllung der beiden Jahresklassen von 1897 und 1898 stattfindet? — Steht der Zentralrat mit uns auf dem Standpunkt, daß die Regierung der sozialistischen Republik sich militärisch nicht stützen kann und darf wie die Generalität und die Reste des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten alten stehenden Heeres, sondern nur auf eine nach demokratischen Grundsätzen aus Freiwilligen zu bildende Volkswehr? — 8. Ist der Zentralrat dafür, daß die Sozialisierung der dafür reifen Industrien durch gesetzgeberische Akte sofort in Angriff genommen wird?

TU. Es steht noch nicht fest, ob die unabhängigen preußischen Minister und Regierungsbeamte die Folgen aus dem Rücktritt der Volksbeauftragten ziehen werden. Über diese Frage kann nur die Parteileitung entscheiden. Voraussichtlich dürfte aber der Staatssekretär des Reichsernährungsamte Wurm in seinem Amte bleiben, weil es sich beim Reichsernährungsamt um ein völlig unpolitisches Amt handelt und außerdem, weil ein Amtswechsel im Interesse der Stetigkeit der Ernährung unerwünscht ist.

TU. Chefredakteur Löbe von der Breslauer Volkswacht teilt mit, daß er seine Berufung in die Regierung nicht angenommen hat. Er begründet seine Ablehnung ausführlich in einem Schreiben an den Zentralrat, in dem er erklärt, daß er seine ganze Kraft Schlesien und Breslau widmen wolle und daß er nicht in der Lage sei, die Hoffnungen, die man in Berlin auf ihn setzt, zu erfüllen.

TU. Von der neuen, reinsozialdemokratischen Arbeiterregierung sagt der Vorwärts mit Stolz, daß alle 5 seit frühester Jugend bewährte Kämpfer ihrer Partei und 4 von Hause aus Arbeiter sind. Die Regierung verdankt ihre Ernennung den aus der Revolution hervorgegangenen A.- und S.-Räten und beweist ihren gesetzmäßigen Charakter zugleich dadurch, daß sie sich bereit zeigt, sich in kürzester Frist dem Urteil des Volkes zu unterwerfen. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung betont, daß das neue Kabinett bei der Lösung seiner großen Aufgabe, die Wahlen zur Nationalversammlung und den Frieden vorzubereiten, der Unterstützung der Massen des Volkes sicher sein kann.

Die Reichsregierung an das deutsche Volk.

WTB. An das deutsche Volk wendet sich die Reichsregierung mit folgendem Aufruf: Arbeiter! Bürger! Soldaten! Die Regierungskrise hat die Lösung gefunden, die das deutsche Volk erwartet hat. Die Unabhängigen sind ausgeschieden. Die Reichsregierung wird aus den Reihen der Mehrheitssozialisten ergänzt und, von inneren Hemmungen frei, an die Lösung ihrer großen Aufgaben gehen: die Wahlen zur Nationalversammlung und den Frieden vorzubereiten und bis dahin die Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Ordnung sicherzustellen. Die Vertreter der Unabhängigen sind ausgeschieden, weil der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gegen sie entschieden hat. Der Zntralrat hat erklärt: „Die Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann haben lediglich den Auftrag erteilt, das nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Das ist aber



Der zerschossene Eingang des Berliner Schlosses (Innenansicht).

auch erst geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten von dem Führer der Volksmarinedivision telephonisch mitgeteilt worden ist, daß er für das Leben des Genossen Wels nicht mehr garantieren könne. Das billigt der Vollzugsrat." Nach diesem Schiedsspruch von der höchsten Instanz, und den Vertrauensleuten sämtlicher ASR. Deutschlands, sind die Unabhängigen aus der Regierung geschieden. Sie haben sie in einem Augenblick verlassen, wo alles in Frage gestellt ist, Waffenstillstand, Frieden, Ernährung, Bestand des Reiches, wo zum erstenmal vom französischen Bevollmächtigten Foch die unzweideutige Äußerung vorliegt: Mit einer bolschewistischen Regierung verhandeln wir nicht. Obwohl viele Stunden lang die Berechtigung der Notwehr erwiesen wurde, in der Ebert, Landsberg und Scheidemann gehandelt haben, und diese vom Zentralrat anerkannt wurde, haben die Unabhängigen ihren Austritt mit der angeblichen Schuld der sozialdemokratischen Volksbeauftragten begründet. Auf die Frage des Zentralrates, ob die Volksbeauftragten bereit seien, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen und mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten, auf diese Frage haben die Unabhängigen geschwiegen. Vor der Beantwortung dieser Lebensfrage des deutschen Volkes haben sie sich gedrückt. Damit haben sie bewiesen, daß sie die erste Pflicht jeder Regierung nicht erfüllen wollen, die Sicherheit innerhalb des Staates zu gewährleisten. Indem die Unabhängigen die Mittel zur staatlichen Sicherung ablehnten, haben sie sich als unfähig erwiesen. Für uns ist die Revolution keine Parteiparole, sondern das kostbarste Gut des ganzen schaffenden Volkes. Wir übernehmen ihre Aufgabe als Beauftragte des Volkes mit dem Schwur: Alles für die Revolution, alles durch die Revolution, aber auch mit der festesten Absicht, jedem unerbittlich entgegenzutreten, der aus der Revoluton des Volkes den Terror einer Minderheit machen will. Hunderttausende demonstrierten heute für die neue Regierung, um den skrupellosen Mißbrauchern der Straße zu beweisen, wo die Mehrheit steht. Auf ihrer Solidarität beruht unser Auftrag und unser Amt. Die Massen sind unsere Rechtfertigung. Ihr Wollen gibt uns die Kraft zu der Riesenaufgabe. Arbeiter! Bürger! Soldaten! Mit einer Demonstration allein ist es nicht getan. Habt einen Willen und zeigt einen Willen. Dann ist der Abzug der Unabhängigen weiter nichts als die langersehnte Handlungsfreiheit einer einheitlich gebildeten Regierung. Keine unfruchtbaren Parteizänkereien mehr, sondern einheitliche Arbeit in eurem Sinne, in republikanischen, sozialistischen, demokratischen Sinne. Hoch die deutsche Volksrepublik!

Der Zentralrat an die Soldaten.

WTB. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik sagt in einem Aufruf an die Soldaten: Wer Soldat bleibt, der muß wissen, daß die neue Reichsregierung die höchste Behörde der deutschen Republik ist, und daß jedermann, der Waffen trägt, ihr als oberste Kommandogewalt Treue schuldet. Die Regierung, die nichts als die Freiheit und Wohlfahrt des Volkes will, die sollt ihr schützen helfen. Wenn Ihr entschlossen seid, die freiheitliche Ordnung der Republik hoch zu halten, wird sie niemand anzutasten wagen. Darum seid der großen Sache der deutschen Republik treu und befolgt die Anordnungen ihrer höchsten Behörden. Wer Waffen braucht, um die freiheitliche Ordnung zu stören, und wer Euch bestürmt, dies zu tun, der begeht ein schweres Verbrechen an unserem Volke. Wenn wir nicht Ordnung halten, müssen wir verhungern. Rettet durch selbstbegründete Disziplin die Errungenschaften der Revolution und unser Volk vor dem drohenden Untergang.

Der Berliner Demonstrationssonntag.

WTB. Der letzte Sonntag des Jahres wurde zu einem Demonstrationssonntag, wie ihn Berlin noch nie gesehen hat. Die Mehrheitssozialisten hatten zu einer Massenkundgebung gegen die Gewaltherrschaft der Spartakusleute aufgerufen. Diesem Rufe waren hunderttausende gefolgt. In einer Reihe von großen Versammlungen, die teils in Sälen, teils im Freien stattfanden, wurde gegen den Terrorismus Stellung genommen. Dann zogen die Teilnehmer nach dem Stadtinnern. Von den demokratischen Parteien waren ebenfalls große Kundgebungen veranstaltet worden, die gleichfalls Schutz gegen Spartakus und den Terror der Minderheit, sowie eine demokratische Republik forderten. Der Bund der Beamten der preußisch-hessischen Eisenbahnen, Bezirk Berlin, und andere größere Fach- und Berufsvereine hielten gleichfalls Versammlungen ab, die den nämlichen Zweck verfolgten. Zu gleicher Zeit beteiligten sich die Anhänger der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zusammen mit der Volksmarinedivision an dem Begräbnis der Matrosen, die bei den Kämpfen am Schloß und Marstall gefallen waren.

Staatssekretär Müller über die Sozialisierung.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. Aug. Müller hielt vor Pressevertretern einen längeren Vortrag über die wirtschaftspolitischen Grundsätze des Reichswirtschaftsamtes. Zum Schluß äußerte sich auch Staatssekretär Müller über die Sozialisierung. Der Sozialismus, sagte er, ist ein Produkt der Entwicklung. Es ist ein Unding, wenn ein Land zur Sozialisierung übergehen will, während die anderen Staaten der Welt sich dieses System nicht zu eigen machen. Hinzu kommt noch ein wesentlicher Grund, der gegen eine sofortige und grundsätzliche Sozialisierung in Deutschland spricht. Die Entente ist nämlich, wie sich aus den Verhandlungen des Staatssekretärs in Luxemburg ergeben hat, fest entschlossen, alles mittelbare und unmittelbare Staatseigentum in Deuschland als Pfand für ihre Forderungen mit Beschlag zu belegen. Wenn wir also jetzt dazu übergehen, große wertvolle Betriebe zu verstaatlichen, so bieten wir selbst dem Gegner die beste Handhabe, Beschlag auf deutsches Vermögen zu legen. Eine Sozialisierung, so schloß Staatssekretär Müller, wäre in diesem Augenblick nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine Dummheit.

Wenn Liebknecht ans Ruder käme.

WTB. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Die Nachricht, daß die Regierung Ebert von den Anhängern Liebknechts und Ledebours mit Erfolg angegriffen wurde, hat hier große Besorgnis hervorgerufen. Man glaubt, daß, wenn dieser Schlag nicht sofort abgewendet wird, es die Aufgabe der assoziierten Mächte sein wird, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Mittel- und Osteuropa auf sich zu nehmen, eine Aufgabe, die, abgesehen von den großen Kosten und Schwierigkeiten, die sie mit sich bringen würde, auch die Arbeit des Wiederaufbaues in allen Ländern behindern und auf Jahre hinaus jede Hoffnung auf ein Zustandekommen des Völkerbundes vereiteln würde.

Beendigung des Streiks in Hamborn.

TU. Hamborn, 30. Dez. Am Freitag veranstalteten die der Spartakusgruppe angehörenden Streikenden der hiesigen Zechen einen Demonstrationszug. Als sie sich der Zeche Königsgrube näherten, trat ihnen Militär entgegen. Es kam zu einem Kampf, wobei den Hambornern 2 mit Maschinengewehren ausgerüstete Lastautos abgenommen wurden. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete, deren Zahl noch nicht festgestellt werden konnte. Die Plünderungen in Hamborn werden bestätigt. Das Ende der Spartakushetze ist noch nicht abzusehen.

Hamborn, 30. Dez. In der gestern abgehaltenen großen Versammlung der streikenden Bergarbeiter wurde beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem in den bis in die Nacht hinein geführten Verhandlungen die Verwaltung der Thyssenschen Zechen sich bereit erklärt hatte, die von den Streikenden geforderte Gratifikation als Entschädigung für die durch den Streik verursachten Ausfälle in 2 Raten zu zahlen unter der Voraussetzung, daß heute in vollem Umfange die Arbeit wieder aufgenommen und entsprechend den Abmachungen mit dem Verbande die Achtstundenschicht vom 1. Februar an auch voll befahren werde.

In einer Versammlung der Streikenden wurde betont, daß die Gefahr eines feindlichen Einzuges in das Streikgebiet sehr groß gewesen sei. Eine belgische Besatzungsabteilung mit Maschinengewehren sei bereits in Duisburg-Ruhrort eingerückt gewesen, um Hamborn zu besetzen. Zum Glück sei es noch rechtzeitig gelungen, die Besetzung zu vereiteln.

Der Streik in Oberschlesien.

WTB. Oppeln, 30. Dez. Der Streik in Oberschlesien hat weiter um sich gegriffen. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, streikten von insgesamt 63 Steinkohlengruben am Samstag bereits 12. Daß der Streik nicht organisiert ist, beweist der Umstand, daß über die Forderungen unter den Arbeitern völlige Unklarheit herrscht. Auf der Dubenskogrube wurde beispielsweise außer dem Weihnachtsgeschenk von 800 *M* die sofortige Beschaffung von Lebensmitteln zu Friedenspreisen und die unverzügliche Entlassung verschiedener Beamter gefordert. Auf der Donnersmarkgrube wird außer dem Weihnachtsgeschenk von den Rädelsführern die sofortige Auszahlung einer Kleiderentschädigung von 250 *M* verlangt. In Lippine versuchten die Aufständischen, die Grubenwache zu überwältigen, so daß eine Kompagnie herbeigerufen werden mußte. Es kam zu einer Schießerei, durch die schließlich die Aufständischen vertrieben wurden. Gestern abend stürmten Bergarbeiter das Verwaltungsgebäude der Berginspektion in Bilschowitz und mißhandelten den verantwortlichen Direktor, Oberberatat Schlicht, aufs schwerste, als er die Forderungen der Arbeiter nicht sofort erfüllen wollte. Sonntag nachmittag soll auf dem Wilhelmsplatz in Kattowitz und im Gebäude des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins eine Spartakusversammlung stattfinden. Im Anschluß hieran werden wiederum Ausschreitungen befürchtet.

Kattowitz, 30. Dez. Zu besonders wilden Ausschreitungen kam es auf der Gottessegen-Grube und der Antonienhütte. Dort ergriffen die Spartakusleute eine Anzahl mißliebiger Beamter, setzten sie in einen mit Teer beschmierten Karren, fuhren sie auf die Straße und warfen sie in den Dreck. Die Beamten, welche die Wasserhaltungsmaschinen und die elektrischen Anlagen der Gottessegen-Grube bedienten und besetzt hielten, wurden durch jugendliche Spartakusanhänger mit Gewalt entfernt und die wichtigsten Maschinen zum Stillstand gebracht. Die ganze Laurahüttengegend ist infolgedessen ohne Wasser und Licht. Vor allem wird das Gaswerk, in dem das Wasser schon ziemlich hoch steht, ersaufen. Wie aus Breslau gemeldet wird, sind militärische Verstärkungen nach Oberschlesien bereits unterwegs. Der Volksbeauftragte Landsberg und der preußische Minister des Innern Hirsch sind, wie die Vossische Zeitung erfährt, nach Oberschlesien abgereist.

Straßenkämpfe in Posen.

WTB. Über die Vorgänge in Posen geben die „Posener Neuesten Nachrichten" folgende Schilderungen: Am Mittag war das Grenadierregiment aus dem Felde eingetroffen. Nachdem schon am Vormittag eine Ovation polnischer Schulkinder vor Paderewski erfolgt war, wurde eine deutsche Gegenkundgebung angeregt. Gegen 4 Uhr nachmittags setzte sich von der Grenadierkaserne aus der Zug, an dem Soldaten und Zivilpersonen teilnahmen, nach der Stadt in Bewegung. Unterwegs kam es bereits mehrfach zu Zwischenfällen, als die Soldaten einige Fahnen, vor allem französische und amerikanische, herunternahmen. In der Wilhelmstraße kam es zu den ersten Zusammenstößen. Die Deutschen sangen „Deutschland, Deutschland über alles!" und die Polen riefen „Hoch lebe Polen!" Es entstand ein allgemeines Durcheinander und ein furchtbarer Lärm, so daß Einzelheiten nicht festzustellen waren. Als der Umzug eben vorüber war, sah man, wie mehrere Soldaten mit Gewehrkolben aufeinander losschlugen. Gleich darauf fielen die ersten Schüsse. Dann

wurden Truppen alarmiert, die schnell heranrückten. Nun kam es an verschiedenen Plätzen der Stadt zu regelrechten Feuerkämpfen, zum Teil mit Maschinengewehren und Handgranaten. Es gab Tote und Verwundete, deren Zahl noch nicht festzustellen ist. Von deutscher Seite wird erklärt, daß die Soldaten durch das Aushängen von Fahnen feindlicher Mächte, gegen die sie vier Jahre gekämpft hätten, aufs höchste gereizt worden seien.

Kolberg, 30. Dez. Das Artillerie-Regiment Nr. 2 und das Infanterie-Regiment Nr. 5 sind gestern nach Gnesen zur Unterdrückung von polnischen Unruhen abgegangen.

Schlesien als Republik?

WTB. Wie der Vorwärts berichtet, beabsichtigen die ASR. ganz Schlesiens, die durchweg auf mehrheitssozialistischem Boden stehen, am 30. Dezember ganz Schlesien zu einer einheitlichen Republik auszurufen, und so den kapitalistischen polnischen und tschechischen Tendenzen entgegen zu wirken, die immer stärker die Gründung einer oberschlesischen Republik betreiben. Über diesen Plan wird zurzeit mit der Reichsleitung verhandelt.

Hindenburg an die Osttruppen.

WTB. Die Oberste Heeresleitung hat an Oberost folgendes Telegramm gerichtet: Ich ersuche, mit allen Mitteln bekannt zu geben, daß es von der deutschen Reichsregierung auf das strengste verboten worden ist, Waffen und Heeresmaterial den Bolschewisten zu überlassen. Kommandobehörden, Soldatenräte und Truppen, die diesem Verbot nicht nachkommen, sind nicht nur für die Verschleuderung deutscher Werte persönlich verantwortlich, sie haften auch für die politischen Folgen der durch dieses Verfahren herbeigeführten Verletzung des Waffenstillstandsabkommens mit der Entente. Die Wiederaufnahme des Krieges kann davon die Folge sein. Waffen und Heeresmaterial, das nicht mit zurückgeführt werden kann, ist ordnungsmäßig an die betreffenden Landesregierungen zu übergeben. Ich ersuche, gegen Schuldige, die aus Feigheit oder anderen Gründen das Verbot der deutschen Reichsregierung übertreten, mit allen Mitteln einzuschreiten und die Namen zur öffentlichen Bekanntgabe zu melden.

Sicherungen gegen einen tschechischen Überfall.

WTB. Dresden, 30. Dez. Auf dringendes Ersuchen der Oberbürgermeister von Bautzen und Zittau hat die sächsische Regierung Truppen in die Lausitz entsandt zum Schutze gegen einen tschechischen Einfall. Große Mengen Artillerie sind dorthin geschickt worden. Der oberkommandierende General des 12. Armeekorps, Götz von Olenhausen, befindet sich seit Freitag in Zittau.

Ein Beauftragter des Papstes bei Wilson.

WTB. Nach den römischen Blättern hat der Papst einen Vertreter mit einer besonderen Botschaft an Wilson beauftragt. Er soll bei ihm die Neutralität des Vatikans während des Krieges rechtfertigen, auf die menschenfreundlichen Werke zugunsten der Gefangenen und Deportierten hinweisen und die Vermittelung des Präsidenten für die Regelung der Lage des Vatikans nachsuchen.

Verzichtet Wilson auf den Völkerbund?

TU. Das Echo de Paris erfährt aus Washington, Präsident Wilson habe seine Absicht aufgegeben, beim Abschluß des Friedens zugleich die Bildung des Völkerbundes durchzuführen. Er werde sich mit einer Klausel begnügen, welche die Bildung des Völkerbundes gutheiße.

Frankreich und England für die 14 Punkte Wilsons.

WTB. Wie Amsterdamer Blätter aus Paris melden, hat Präsident Poincare dem Vertreter des Daily Chronicle erklärt, daß er eine erfolgreiche Beendigung der Friedensverhandlungen erwartet. Er sagte: Unsere beiden Völker sind sich über die Hauptideen der 14 Punkte Wilsons einig. Wir haben uns bezüglich der Freiheit der Meere nicht die Hände binden lassen wollen im Vertrauen darauf, daß Lloyd George und Clemenceau zu vollständiger Übereinstimmung gelangen werden.

Absperrung der holländischen Grenze durch die Franzosen.

WTB. Die Zeitung „Tijd" in Amsterdam meldet: Die Drahtversperrung an der deutschen Grenze bei Kerkrade, die unlängst durch die Deutschen abgerissen und verkauft worden waren, wird durch die Franzosen wieder hergestellt und verstärkt. Gerüchtweise verlautet, daß die Drahtversperrung elektrisch geladen werden soll. — Es heißt, daß viele französische Soldaten desertieren.

Italien mobilisiert weiter.

TU. Italien mobilisiert die Jahrgänge bis 1880. Die Italiener verhafteten in Triest den bekannten österreichischen Flugzeuggeschwaderführer Banfield, unter der Beschuldigung, er habe Italien gehörende Flugzeuge unterschlagen. (Gegen wen sich die Mobilisierung richtet, wird nicht gesagt, doch liegt die Vermutung nahe, daß sie eine Drohung gegen Serbien darstellt. D. Red.)

Das Wirtschaftsabkommen mit den Feinden.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Am 23., 24. und 25. Dezember verhandelte in Luxemburg im Hauptquartier des Marschalls Foch eine deutsche wirtschaftliche Delegation unter der Leitung des Staatssekretärs Dr. August Müller mit einer französischen Delegation über Fragen, die in erster Linie die Wiederherstellung des Verkehrs zwischen den nichtbesetzten und besetzten Gebieten Deutschlands betrafen. Die sehr schwierigen Verhandlungen führten zum Schluß zu einer Einigung. Zwar verstand sich die französische Delegation nicht dazu, den deutschen Standpunkt anzuerkennen, daß nämlich die militärische Besetzung keinen Einfluß auf das Wirtschaftsleben und den wirtschaftlichen Verkehr ausüben dürfte. Das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich wie folgt zusammenfassen: Deutschland verpflichtet sich, bis zum Ende des Waffenstillstandes dieselben Lieferungen an Koks, Kohle, Manganerzen und Schrot in die besetzten Gebiete gelangen zu lassen, die es während des dritten Quartals 1918 dorthin gesandt hat. Die Alliierten erklären, daß sie nicht die Absicht haben, den Verkehr zwischen dem linksrheinischen und dem rechtsrheinischen deutschen Gebiet systematisch zu unterbinden. Sie nehmen ferner davon Kenntnis, daß Deutschland sich zu den oben erwähnten Leistungen nur unter der Bedingung verpflichten kann, daß nicht innerdeutsche Verhältnisse (Transportfragen, Arbeiterfragen, Streiks, sinkende Arbeitsleistungen, höhere Gewalt) die Lieferungszusagen unerfüllbar gestalten. Die Alliierten nehmen ferner Kenntnis von der deutschen Erklärung, daß die deutscherseits zugesagten Leistungen nur unter der Voraussetzung möglich sind, daß auch gewisse Lieferungen, vor allem an Kohle, Mangan und Minette aus den besetzten Gebieten (was Minette anbelangt, auch aus Frankreich und Luxemburg) nach Deutschland gelangen. Seitens der Alliierten wird ein Kommissar ernannt, welcher sowohl die Fragen der Möglichkeit der deutschen Lieferung, als auch die Frage der Zufuhr linksrheinischer Rohstoffe nach dem rechtsrheinischen Gebiete im Einvernehmen mit den deutschen Behörden prüfen soll. Die Entscheidungen werden dem Oberkommando der Alliierten vorbehalten. Es wird indessen zugesagt, daß die deutscherseits geltend gemachten Gesichtspunkte in weitherzigster Weise geprüft und daß die sich ergebenden Fragen, soweit die Interessen der Alliierten es gestatten, nach Möglichkeit wohlwollend geregelt werden sollen. Die gesamte Abmachung ist unter der Voraussetzung getroffen worden, daß durch die Maßnahmen der Alliierten ein Zustand geschaffen wird, welcher zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten eine Verkehrsmöglichkeit herstellt, wie sie zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens in beiden Gebieten notwendig ist.

Die Auslieferung des Eisenbahnmaterials.

WTB. Aus Paris meldet Reuter: Die Deutschen beginnen die Bedingungen des Waffenstillstandes, besonders bezüglich des rollenden Material, in befriedigender Weise durchzuführen. An einem einzigen Tage haben sie den französischen Behörden 3500 Wagen und 200 Lokomotiven übergeben. Weitere Lieferungen werden regelmäßig folgen.

Der Wahlsieg Lloyd George.

WTB. Aus London meldet Reuter: Bis jetzt ist der Stand des Wahlergebnisses folgendermaßen: Koalition: Unionisten 290, Liberale 100, Arbeiter 6; Koalitionsgegner: Anhänger Asquiths 22, unabhängige Unionisten 29, andere 4, Arbeiterpartei 52, Freie Nationalisten 4, Sinn-Feiner 34. Alles weist auf einen großen Sieg der Koalition hin. Bisher wurden alle Minister wiedergewählt. Die liberalen Exminister erlitten eine Katastrophe. Sir John Simon, Asquith, Ramsay Macdonald und Snowden wurden geschlagen.

Württemberg und Baden.

Ein süddeutscher Politiker schreibt uns: Die vorläufigen Regierungen in Stuttgart und Karlsruhe sind sich klar geworden, daß sie in verschiedenen politischen Fragen gemeinsam vorgehen müssen. Damit haben sie einen Grundsatz aufgestellt, welcher nicht nur in der nächsten Zeit, sondern bis zur vollständigen Entwicklung des neuen Deutschen Reiches von größter Bedeutung sein kann. Vielleicht ist es sogar wichtig, auszusprechen, daß die Entwicklung sogar nach dieser Richtung laufen muß, wenn wir eine Konsolidierung der gesamten deutschen Innenpolitik wollen. Es handelt sich jetzt darum, daß man gemeinschaftliche Politik nicht nur in einigen Staaten treibt, die wie Baden und Württemberg so ganz besonders aufeinander angewiesen sind. Bisher betrieb allerdings jeder der deutschen Bundesstaaten seine Politik auf eigenes Konto. Diese Tatsache können wir nicht mehr aus der Welt räumen. In den meisten Fällen ist sie dadurch veranlaßt worden, daß die Fürstenhäuser in ihren Staatsregierungen die Instrumente zur Betätigung ihrer Politik sahen. Man hat es doch oft erlebt, daß man sich in der einen Residenz recht herzlich freute, wenn man der Regierung des Nachbarfürsten irgend ein Schnippchen geschlagen hatte. Nun hat sich aber wohl das Fürstentum mit seinen politischen Grundsätzen aufgelöst. Aber es bestehen noch die Regierungsmaschinen, welche im alten Tempo arbeiten. Vielfach stecken aber auch in den Volksschichten solche Ideen, die nicht von heute auf morgen ausgemerzt werden können.

Das Beispiel, welches uns jetzt Württemberg und Baden geben, erstreckt sich zunächst auf die Fragen des Patronatsrechts, gemeinsame Außenpolitik und grundsätzlich einheitliche Handelspolitik. Nun sind aber gerade zwischen diesen beiden Staaten auch andere Dinge gemeinsam zu lösen. Man denke z. B. an das Kochsalz-Problem, über das ein umfangreiches Urkundenwerk fertig vorliegt. Man denke an die Neckarschiffahrt, an die Donauversicherung und den Durchgangsverkehr zwischen Norddeutschland und dem Alpengebiet. Auf diesem Gebiete haben die einzelnen Bundesstaaten sich gegenseitig so viel Schwierigkeiten gemacht, als nur möglich war. Man hat das eine Mal von der Rentabilität der Eisenbahnen gesprochen, um das andere Mal eine ähnliche Aktion mit Gründen der Staatshoheit zu belegen.

Der hier geschaffene politische Zusammenschluß muß grundsätzlich gutgeheißen werden. Es muß auch die Erwartung ausgesprochen werden, daß er sich auch weiter entwickelt. Es gehört z. B. bei richtiger Erfassung unserer politischen Gesamtlage unbedingt zu den wichtigsten Forderungen, daß Süddeutschland als Ganzes eine einheitliche Politik treibt. Man hat so viel in letzter Zeit gesprochen von der Verselbständigung einzelner Reichsgebiete. Das war wohl in keinem Falle so gemeint, daß man eine Loreißung vom Reichsgebiet wollte. Der gesunde Gedanke also, welcher in all diesen Erörterungen steckte, war der, daß die Gebiete der bisherigen Bundesstaaten, daß die gesamte Provinz nicht abhängig werden darf von irgend einer zufälligen Machtgruppe, welche in Berlin die Zügel der Regierung in die Hand genommen hat. Die vielfach geforderte Bewegung „Los von Berlin" wird in ihrem wesentlichen Kern erfaßt, wenn die Bundesstaaten unter sich zu gemeinsamen Zielen bekennen.

Aus Westdeutschland.

Elberfeld, 30. Dez. Bei Kaiserswerth auf der rechten Rheinseite hatten, den Vorschriften zuwider, einige Schiffer Anker geworfen. Sie wurden von den linksrheinischen belgischen Besatzungstruppen mit Maschinengewehren beschossen und nicht unerheblich beschädigt. Einige der am Rhein gelegenen Häuser von Kaiserswerth wurden von Geschossen getroffen und ebenfalls beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Duisburg, 30. Dez. In Kaßlerfeld machten sich Kinder an einem Kraftwagen zu schaffen. Plötzlich explodierte der Benzinbehälter. Zwei erlitten so schwere Verletzungen, daß das eine bald starb. Das andere schwebt in Lebensgefahr.

TU. **Essen**, 30. Dez. Der Generalsoldatenrat von Münster verhandelte mit Vertretern der Bergarbeiterverbände und der Zechen nochmals über die Streikfragen auf der Zeche Deutscher Kaiser. Die Streikenden haben ihre Lohnforderung fallen gelassen und nur die Forderung auf Weihnachtsgratifikation gehalten. Man hofft unter Ablehnung dieser Forderung doch noch zu einer Verständigung zu kommen. Die Verhandlungen werden heute im Beisein des Ministers Ströbel fortgesetzt.

Saarbrücken, 30. Dez. Der Wechselkurs für französisches Geld ist jetzt auf Anordnung des Marschalls Foch wie folgt festgesetzt worden: 100 Franks = 142,85 Mark oder 70 Centimes = 1 Mark. Für den Dollar werden von den Banken 6,50 Mark gezahlt. Zur Sühne eines nächtlichen Überfalls auf einen französischen Motorradfahrer wurden die Gemeinden Sulzbach (Saar) mit 20 000 Mark, Dudweiler mit 10 000 Mark Geldstrafe belegt.

Hagen, 30. Dez. In diesen Tagen der Gärung und Wahlbewegung erscheint es angebracht, des Dichters Edmund Schulte (gest. am 22. August 1870 in Hagen) zu gedenken, der während des Sturmes im Jahre 1848 auf dem Plan erschien, um jeder Regung der Volksseele in begeisternden Liedern einen schwungvollen Ausdruck zu geben. Die einsetzende Reaktion brachte den jungen Dichter bald auf die Anklagebank, doch wurde er jedesmal für „nicht schuldig" befunden. Als Schulte am 14. März 1850 wegen eines Gedichtes: „Arm und reich" vom Schwurgericht in Hagen unter dem unendlichen Jubel der im Gerichtssaale befindlichen und ihn umlagernden Volksmenge freigesprochen worden war, wurde er in einen bereit stehenden Wagen gehoben und in diesem, vom triumphierenden Volke gezogen, bis zu seiner Wohnung gefahren. Schultes Gedichte waren damals bis weit über die Grenzen seiner Heimat bekannt. Ein Gedicht: „Die napoleonische Amnestie" gelangte auch in die Hände des französischen Dichters Viktor Hugo, der ihm am 1. Juli 1859 ein herzliches Dankschreiben sandte. Schulte war ein echter Sohn der Roten Erde an mannhafter Kraft des Charakters und Tüchtigkeit der Gesinnung. Wer seine Gedichte liest, wird manches prophetische Wort finden, das für die Gegenwart paßt und uns einen glaubensvollen Ausblick in die Zukunft tun läßt: „Es lebt im Volk ein großer, edler Geist!"

Hamm, 30. Dez. Die zurzeit in Hamm einquartierte Maschinengewehr-Scharfschützenabteilung 3 hat nachstehendes Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert abgesandt: Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Maschinengewehr-Scharfschützenabteilung 3, zurzeit in Hamm (Westf.) erheben gegen die Beschlüsse: Beseitigung der Orden und Ehrenzeichen, Beseitigung der Rangabzeichen usw. einstimmig schärfsten Protest. Wir ersehen hierin eine absichtliche Zerstörung und Zerrüttung von jeder Ordnung in unserem Heere, das einen Rückhalt für unsere Regierung bilden sollte. Die seit 2½ Jahren bestehende Abteilung hat sich geschlossen zum Grenzschutz Ost gemeldet. Im Falle der Aufrechterhaltung der Beschlüsse tritt die Abteilung sofort vom Grenzschutz zurück. Alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften verlassen sofort ihren Dienst. gez. Drener, Hauptmann und Abteilungskommandeur."

Cassel, 30. Dez. Das 234. Infanterie-Regiment, eines jener jungen aus Kriegsfreiwilligen gebildeten Regimenter, die sich im Spätherbst 1914 in Flandern unsterblichen Ruhm erwarben, ist in Cassel eingetroffen, um hier demobilisiert zu werden. Nachdem das Regiment in Wilhelmshöhe von Generalfeldmarschall v. Hindenburg begrüßt war, zog es, festlich mit zahllosen schwarz-weiß-roten und hessischen Fähnchen geschmückt unter den Klängen der Nationalhymne und anderer vaterländischen Weisen durch die Stadt zum Friedrich-Platz, wo Bürgermeister Brunner im Auftrage der Stadt herzliche Worte der Begrüßung sprach. Einen Empfang durch den Arbeiter- und Soldatenrat hatte sich das Regiment verbeten.

Aus aller Welt.

WTB. Aus Helsingfors wird gemeldet: Prinz Friedrich Karl hat durch Vermittlung der finnischen Gesandtschaft in Berlin mitgeteilt, daß er endgültig auf den Thron Finnlands verzichtet.

Merktage für die Wahlen zur Nationalversammlung.

30. Dezember: Beginn der Auslegung der Wählerlisten. Nur wer in der Wählerliste steht, wird zur Ausübung des Wahlrechts zugelassen. 4. Januar: Letzter Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge beim Wahlkommissar. 6. Januar: Ablauf der Frist für die Auslegung der Wählerlisten. Etwaige Einsprüche gegen die Wählerliste müssen bis zum 6. Januar bei der Gemeindeverwaltungsbehörde angebracht werden. 12. Januar: Letzter Tag für die schriftliche Mitteilung an den Wahlkommissar, daß Wahlvorschläge miteinander verbunden werden sollen. Ebenfalls bis zum 12. Januar muß der Wahlkommissar eine Erklärung des Bewerbers, der auf verschiedenen Wahlvorschlägen vorgeschlagen ist, darüber herbeiführen, für welchen Vorschlag er sich entscheiden will. Bis zum 12. Januar müssen auch alle Maßnahmen für die technische Durchführung der Wahlen getroffen sein. 14. Januar: Spätestens an diesem Tage haben die Bekanntmachungen über sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge und über etwaige Verbindungen von Wahlvorschlägen zu erfolgen. 19. Januar: Wahltag. Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags. Unmittelbar nach Schluß der Abstimmung werden die Wahlvorschläge unter öffnet gezählt, ebenso die Abstimmungsvermerke in der Wählerliste. Falls nicht mehr am Wahltag selbst, muß am 20. Januar die Prüfung des Abstimmungsergebnisses erfolgen. Das Nähere bestimmen §§ 41 ff. W.O. 25. Januar: Berufung des Wahlausschusses zur Ermittlung des Wahlergebnisses. Nach Feststellung unverzügliche Bekanntgabe des Wahlergebnisses. 1. Februar: Spätestens an diesem Tage müssen die Gewählten eine Erklärung abgeben, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen. Demgemäß kann der Zusammentritt der Nationalversammlung frühestens etwa 14 Tage nach dem Wahltag erfolgen.

Keine Durchführung des Erlasses über den Religions-Unterricht.

WTB. (Amtlich.) Mit Rücksicht auf die lebhaften Bedenken, die vielfach gegen den Erlaß über den Religionsunterricht vom 29. November geltend gemacht worden sind, ordne ich hiermit an, daß seine Durchführung überall dort, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung zu unterbleiben hat.

Dr. Cohn über die russischen Schmiergelder.

Dr. Oskar Cohn, Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt, gibt eine Erklärung, in der es heißt: Meiner Tätigkeit als Rechtsbeistand der russischen Botschaft in Berlin werde ich mich mit Genugtuung erinnern. Ich denke auch oft und gern an die politischen Gespräche, die ich mit dem Genossen Joffe und meinen übrigen russischen Freunden geführt habe. Über das Ziel bestand Einigkeit. Bedarf es also umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe. Revolutionen verschlingen zwar nur einen kleinen Bruchteil dessen, was ein Tag Weltkrieg gekostet hat — die Menschenleben ungerechnet — aber immerhin beträchtliche Summen, und diese Summen muß die internationale Sozialdemokratie aufbringen, die in der Revolution die sozialistische Gesellschaftsordnung durchsetzen will. Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. Nov. 1918 gegeben; mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zweck zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedauere nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann.

Bekanntmachung

für die Entrichtung der Umsatzsteuer für die Zeit vom 1. August 1918 bis 31. Dezember 1918.

Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in den Gemeinden Gennebreck, Haßlinghausen, Hiddinghausen 1 und 2, Linderhausen, Nieder- und Obersprockhövel aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte in der Zeit vom 1. August 1918 bis 31. Dezember 1918 einschließlich bis spätestens Ende Januar 1919 dem unterzeichneten Umsatzsteueramte schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen. Falls ein Unternehmen in mehreren Steuerbezirken betrieben wird, ist diejenige Steuerstelle zuständig, in deren Bezirk die Leitung des Unternehmens ihren Sitz oder wenn ein Sitz nicht vorhanden ist, der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, bei mehrfachem Wohnsitz ist der Ort maßgebend, an dem sich der Pflichtige überwiegend aufhält.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Wäschereien und Beförderungsunternehmen, des Gartenbaues, der Bergwerksbetrieb, der Gasthausbetrieb, das Verwahrung- und Lagerungsgewerbe, das Vergnügungsgewerbe, Handwerksbetriebe aller Art, insbesondere auch, soweit sie Reparaturen, Installationen u. a. ausführen. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme vom Wiederverkäufer gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satze von 5 v. T. sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mk. beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Für die Lieferung von Luxusgegenständen besteht keine derartige Befreiung.

Die Nichteinreichung einer Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20 fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mk. bis zu 100 000 Mk. ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte kostenlos entnommen werden, werden aber auch in den Amtshäusern in Haßlinghausen und Sprockhövel zur unentgeltlichen Abholung bereitgehalten. Eine Zustellung von Vordrucken erfolgt ohne Antrag nicht.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittelung vorzunehmen.

Zur Vermeidung von Irrläufen ersuchen wir, alle Briefe für uns mit der Aufschrift „An den Kreis-Ausschuß in Schwelm" zu versehen.

Schwelm, den 21. Dezember 1918.

Kreis-Ausschuß des Kreises Schwelm (Kreis-Umsatzsteueramt):
Harz.

Bekanntmachung.

In einer Reihe Kleinbetrieben unseres Kreises ist die 48 stündige Arbeitswoche noch immer nicht eingeführt. Wir werden jetzt rücksichtslos dagegen vorgehen. Auch melden kaufmännische Angestellte, daß sie noch länger arbeiten müssen. Wir erwarten von den Fabrikanten, daß sie in diesen Fällen gemeinschaftlich mit den Angestellten die Arbeitszeit regeln.

Schwelm, dem 23. Dezember 1918.

Volkskommissar für den Kreis Schwelm: Oettinghaus.

Freie Turnerschaft, Sprockhövel.

Am 31. Dezember 1918, abends 7 Uhr beginnend im Saale des Wirts **Wilh. Mönninghoff**, Station Bossel

Silvester-Feier

mit gleichzeitiger

Begrüßung d. heimgekehrten Turngenossen

verbunden mit turnerischen Aufführungen und humoristischen Vorträgen.

Anschließend Tanz.

Eintritt 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Statt Karten!

Anna Herberholz
Heinrich Brüggerhoff
Verlobte
Sprockhövel Buchholz

Paula Herberholz
Otto Gall
Verlobte
Sprockhövel Buchholz

Silvester 1918.

Arbeiter! Bürger!

Mittwoch, den 1. Januar 1919, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Wirts
Arnold Bosselmann

öffentl. Volksversammlung.

Herr Fey aus Hagen wird über

„Das neue Deutschland"

sprechen. Hierauf freie Aussprache.

Der Referent hat bestimmt zugesagt, die Versammlung findet also ganz bestimmt statt.

Zu dieser Versammlung werden die wahlberechtigten Männer und Frauen des Amtes dringend eingeladen.

Der Einberufer.

Wünsche allen meinen lieben Gästen, Freunden und Bekannten ein

gesegnetes neues Jahr,

sowie meinen Kriegskameraden glückliche Heimkehr.

Willi Jacobs, Bahnhofs-Hôtel.

Allen meinen Freunden und Gönnern zum Jahreswechsel die herzlichsten Glückwünsche!

Viktoria-Theater

Restaurant Gustav Mühlhaus

Mittwoch, den 1. Januar 1919 (Neujahr)

Großes Schlagerprogramm!

Von 3—5 Uhr: **Jugendvorstellung.**

Ellen Richter in

„Für die Ehre des Vaters"

Tiefergreifendes Drama in 4 Akten.

Phantomas in

„Die getupfte Kravatte"

Detektivdrama in 4 Akten.

Waldemar Psilander, der verstorbene nordische Künstler in

„Das Feuer überm Meer"

Ein Drama auf offenem Meer, Panik an Bord, nächtliche Brandkatestrophe, Rettung durch drahtlose Telegraphie.

„Die beiden Doppelgänger"

Humor.

„Ein Grimassen-Wettbewerb"

Humor.

Vom Heeresdienst entlassen

nehme meine Sprechstunden, täglich von 9—6, Sonntags von 10—12 Uhr, wieder auf.

Robert Pohlen, Dentist

Barmen, Berlinerstraße 110I. Fernruf 5115.
4 Minuten vom Wichlinghauser Bahnhof.

Spez.: Gebisse ohne Gaumenplatte, Kronen u. Brückenarbeiten. Verarbeite nur Friedenskautschuck und -Plombiermaterial.

Oberbett, Unterbett
und
3 Matratzenkissen

zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Backsplittern u. Schanzen

kauft

Edm. Stock, Solingen.

Kost nnd Logis

für 2 bis 3 anständige Arbeiter in Obersprockhövel zu haben.

Zu erfragen in der Exped. dieser Zeitung.

Der

Fleisch-Verkauf

findet in dieser Wache

am Freitag

statt.

Albert Hagemann.

Emil Schwarzkopf
Barmen
Berliner- u. Bredderstr. - Ecke.

hat en gros abzugeben:

Tapeten, Bohnerwachs, Linoleum-Reiniger, Fußmatten, Markttaschen, Türschoner, Fensterleder-Ersatz etc.

Lagerbesuch lohnend.

Krieger-Unterstützungs-Verein
Sprockhövel.

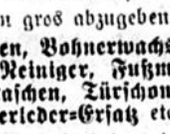
Sonntag, den 5. Januar 1919

Jahres-Hauptversammlung

im Vereinslokal.

1. Von 4—6 Uhr Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Rechnungslage.
3. Neuwahl des gesamten Vorstandes.
4. Wahl der Delegierten.
5. Mitteilungen.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.



Verein zur Versicherung von Schweinen
Sprockhövel.

Sonntag, den 12. Januar 1919, nachmittags 4 Uhr

General-Versammlung

im Lokale der Witwe Rud. Stöter-Tillmann.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht u. Rechnungslage.
2. Vorstands-Ergänzungswahl.
3. Wahl eines Revisors.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Starke Kriegsstiefel

in allen Größen vorrätig.

Hermann Weber,
Sprockhövel, Hauptstr.

Bürger- u. Gesang-Verein
Sprockhövel.

Sonntag, den 5. Januar 1919, abends 7 Uhr, im Vereinslokal bei Stracke

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Rechnungslage
2. Vorstandswahl
3. Aufnahme neuer Mitglieder
4. Verschiedenes.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird um besonders zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Männer-Gesang-Verein
Sprockhövel.

Am Neujahrstage, nachm. punkt 3 Uhr,

Gesangprobe

Nach der Probe

General-Versammlung

1. Rechnungslage
2. Vorstandswahl
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.



Sänger-Chor
Obersprockhövel.

Mittwoch, 1. Januar 1919, nachmittags 4 Uhr

Gesangprobe

bei W. Mönninghoff, Bossel.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Turnverein „Jahn"
Sprockhövel.

Am 31. Dezember 1918 (Silvester), abends 8 Uhr beginnend, im Vereinslokal H. Nieland

Begrüßungsfeier

zu Ehren unserer aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder. Das Lokal bleibt von 8 Uhr an geschlossen.

Zutritt nur für Mitglieder.

Der Vorstand.

Sonntag, den 5. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr,

General-Versammlung.

Der Vorstand.



Sport-Verein Sprockhövel.
Mitglied des
Westdeutschen Spielverbandes

Sonntag, den 5. ds. Mts., nachmittags punkt 2½ Uhr,

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Rechnungslage
2. Vorstandswahl
3. Erhöhung der Beiträge
4. Zahlung der Beiträge
5. Aufnahme neuer Mitglieder
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.